

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/051(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 22.01.2018	Altes Rathaus, Ratssaal	16:00 Uhr	19:32Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.4 Jahresabschluss 2016 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)
BE: Bürgermeister DS0524/17

- 5.5 Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Sportanlage der SG Handwerk Magdeburg
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport DS0515/17

- 5.6 Fortführung des Verfahrens und Änderung der Planungsziele zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite"
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0371/17

- 5.7 Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
WV v. 07.12.2017 DS0411/17

5.7.1	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss KRB	DS0411/17/1
5.7.2	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE/future!	DS0411/17/2
5.7.3	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss StBV	DS0411/17/3
5.7.4	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss StBV	DS0411/17/4
5.7.5	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der LH Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0411/17/5
5.7.6	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM	DS0411/17/6
5.7.7	Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der LH Magdeburg (Lademöglichkeiten) Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0411/17/7
5.8	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum einfachen Bebauungsplan Nr. 230-4 "Erzbergerstraße - Luisenturm" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0430/17
5.9	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 230-4 "Erzbergerstraße - Luisenturm" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0431/17
5.10	Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-1 "Großer Silberberg" im Teilbereich BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0493/17
5.11	Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-1 "Großer Silberberg" im Teilbereich BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0494/17
6	Information - "1. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA"	I0007/18
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Entlastungstraße für Cracau SPD-Stadtratsfraktion WV v. 16.03.2017	A0042/17

7.1.1	Entlastungsstraße für Cracau Fraktion CDU/FDP/BfM	A0042/17/1
7.1.2	Entlastungsstraße für Cracau SPD-Stadtratsfraktion	A0042/17/1/1
7.1.3	Entlastungsstraße für Cracau	S0099/17
7.2	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion WV v. 17.08.2017	A0103/17
7.2.1	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg Fraktion DIE LINKE/future!	A0103/17/1
7.2.2	Initiative Grüne Fassade - vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg Fraktion CDU/FDP/BfM	A0103/17/2
7.2.3	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg Ausschuss UwE	A0103/17/3
7.2.4	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg	S0244/17
7.3	Ein Hassel für Alle Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 17.08.2017	A0106/17
7.3.1	Ein Hassel für Alle Verwaltungsausschuss	A0106/17/1
7.3.2	Ein Hassel für Alle Fraktion CDU/FDP/BfM	A0106/17/2
7.3.3	Ein Hassel für Alle	S0245/17
7.4	International Hassel Classic Nights Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 14.09.2017	A0130/17
7.4.1	International Hassel Classic Nights Kulturausschuss	A0130/17/1
7.4.2	International Hassel Classic Nights	S0284/17

7.5	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion CDU/FDP/BfM	A0113/17
7.5.1	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss BSS	A0113/17/1
7.5.2	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg Ortsbürgermeister Beyendorf/Sohlen	A0113/17/2
7.5.3	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg	S0251/17
7.6	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt Interfraktionell WV v. 17.08.2017	A0114/17
7.6.1	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt Fraktion DIE LINKE/future!	A0114/17/1
7.6.2	Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion LINKS für Magdeburg	A0114/17/2
7.6.3	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt	S0260/17
7.7	Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage Interfraktionell WV v. 14.09.2017	A0124/17
7.7.1	Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage Ausschuss StBV	A0124/17/1
7.7.2	Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage	S0276/17
7.8	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten SPD-Stadtratsfraktion WV v. 19.10.2017	A0136/17
7.8.1	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten Fraktion CDU/FDP/BfM	A0136/17/1
7.8.2	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten Fraktion DIE LINKE/future!	A0136/17/2

7.8.3	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten Fraktion LINKS für Magdeburg	A0136/17/3
7.8.4	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten	S0294/17
	Neuanträge	
7.9	Barleber See 2018 - Baden auf eigene Gefahr, Umsetzung des Personals Fraktion Magdeburger Gartenpartei	A0002/18
7.10	Einrichtung eines Fußgängerschutzweges in Sohlen Ortsbürgermeister Beyendorf/Sohlen	A0189/17
7.11	Befragungssatzung Interfraktionell	A0001/18
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Zünden von Feuerwerk SR'n Schumann und SR Hoffmann	F0011/18
9.2	B-Plan Nr. 354-1D „Frankfelde Ostseite“ SR Hausmann und SR Denny Hitzeroth	F0003/18
9.3	Verhandlungen zur Fortschreibung der Theaterverträge SR'n Schumann und SR Müller	F0019/18
9.4	Spielmöglichkeiten für Kinder im Quartier Elbbahnhof SR Canehl	F0009/18
9.5	Schreiben des Fahrgastverbandes Magdeburg e.V. vom 15.12.2017 SR Theile	F0008/18
9.6	Fehlende Straßenbeleuchtung der Straße Am Flora Park SR Buller	F0006/18
9.7	Situation Wildschäden im Stadtpark Rotehorn SR Schumann	F0016/18
9.8	Streckenbezogene, innerörtliche Anforderungen von Tempo-30- Beschränkungen an vier weiteren Standorten SR Hausmann und SR Denny Hitzeroth	F0023/18
9.9	Nächtliche Lichtstörungen SR Assmann	F0005/18
9.10	Frequentierung der Magdeburger Museen SR Westphal	F0013/18

9.11	FAN-Projekt SR Jannack	F0010/18
9.12	Baumfällungen in Stadtfeld-Ost SR Hempel	F0012/18
9.13	Schulen der Landeshauptstadt Magdeburg SR Guderjahn	F0015/18
9.14	Der Magdeburg-Pass für einkommensschwache Bürger*innen SR Köpp	F0022/18
9.15	Schulpolitische Fragen SR Jannack	F0021/18
9.16	Semesterticket SR Müller	F0020/18
9.17	Mitarbeiter/innen der Theater der Landeshauptstadt Magdeburg SR Buller	F0007/18
9.18	MVB- 4. Bauabschnitt 2. Nord-Süd-Verbindung, Fahrgastzahlen SR Zander	F0014/18
9.19	Welsleber Straße SR Meister	F0024/18
9.20	Ausbau Holsteiner Straße SR Meister	F0025/18
10	Information zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 65 Abs. 4 KVG LSA über die Bewilligung von über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 105 Abs. 1 KVG LSA beim Unterhaltsvorschuss	I0363/17
11	Informationsvorlagen	
11.1	Einwohnerversammlungen des Oberbürgermeisters im Jahr 2018	I0364/17
11.2	Prüfungsergebnis Evaluierung Domplatz-Nutzungskonzeptes	I0360/17
11.3	Information zur Entwicklung des Familiennachzuges zu Schutzberechtigten in Magdeburg	I0344/17
11.4	Sichere Zuwegung zu den drei KiTa`s Wiener Straße	I0334/17
11.5	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 30.09.2017	I0314/17

11.6	Magdeburger Stadtschreiberin 2018	I0322/17
11.7	Fortsetzung des Kaiser-Otto-Festes nach dem Jahr 2017 unter finanzieller Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg	I0277/17
11.8	Einrichtung eines Kunstbeirates als beratendes Gremium für den Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport	I0324/17
11.9	Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit	I0325/17
11.10	Anordnung von Tempo 30	I0353/17
11.11	Straße zum Salbker Wasserturm	I0357/17

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann eröffnet die 51.(VI) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	30	“	“
maximal anwesend	44	“	“
entschuldigt	11	“	“
unentschuldigt	2	“	“

Zu Beginn der Stadtratssitzung sind Vertreter des Schauspielensembles des Theaters Magdeburgs erschienen.

Der Schauspieler Lukas Mundas, Mitglied im Theaternetzwerk, verliest eine Aufklärungsschrift zur Arbeitssituation an den Theatern der Landeshauptstadt Magdeburg als auch an bundesweiten Theatern.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann solidarisiert sich mit der vorgetragenen Forderung bezüglich der Unterbezahlung von Schauspielerinnen und Schauspielern.

In Anschluss informiert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann, dass ein in der Stadtratssitzung am 18.01.2018 gefasster Beschluss aufgehoben werden muss.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1773-51(VI)18

Der in der Stadtratssitzung am 18.01.2018 gefasste Beschluss-Nr. 1767-050(VI)18 zur Berufung von Frau Nicole Angerstein in den Seniorenbeirat wird aufgehoben.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

- | | | |
|------|--|-----------|
| 5.4. | Jahresabschluss 2016 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) | DS0524/17 |
| | BE: Bürgermeister | |
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1774-051(VI)18

Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2016 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der IGZ GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2016 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 10.140.151,79 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 58.620,92 EUR festzustellen,
- den Jahresfehlbetrag 2016 in Höhe von 58.620,92 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 88.226,54 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Ude, für das Geschäftsjahr 2016 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 zu bestellen.

5.5. Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Sportanlage der SG Handwerk Magdeburg DS0515/17
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Die Ausschüsse BSS, FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1775-051(VI)18

Der Stadtrat beschließt die grundhafte Sanierung der vom Schul- und Vereinssport genutzten Sportanlage der SG Handwerk im Umfassungsweg 17 in 39124 Magdeburg. Entsprechend der als Anlagen 2 und 3 beigefügten Studien wird ein Neubau des Sportplatzfunktionsgebäudes gemäß Variante 2 und die Sanierung der Außensportanlagen beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen in den Programmjahren 2018ff. über die Städtebauförderung „Stadtteilkulisse Soziale Stadt - Magdeburg Neustadt“ zu beantragen.

- 5.6. Fortführung des Verfahrens und Änderung der Planungsziele zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 242-2.1 "Hammersteinweg Ostseite" DS0371/17

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Diskussion im Ausschuss und den Auftrag an die Verwaltung, zum Bebauungsplanentwurf folgende Schritte

- Verhältnis zum Weg;
- Verhältnis Höhe Trümmerschutt, nach Abtrag;
- Verhältnis Festungswerk;

darzustellen.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1776-051(VI)18

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- Im Norden durch eine Gerade von der Nordspitze des Flurstücks 10149 in Richtung Osten, bis zu einem Abstand von 8 m der Ostgrenze des Flurstücks 17
- Im Osten durch eine Gerade, die vom Punkt der 8 m nach Westen verschobenen östlichen Flurstücksgrenze des Flurstücks 17 (Flur 142) im Norden, zu dem Punkt im Abstand von 30 m der nach Süden verschobenen Nordgrenze des Flurstücks 10169, von dort entlang der angrenzenden Flurstücksgrenzen westlich des Fuß- und Radweges
- Im Süden durch die Nordgrenze des Flurstücks 10009 (Flur 142)
- Im Westen durch die angrenzenden Flurstücksgrenzen östlich des Hammersteinweges

wird auf Antrag des Vorhabenträgers ein Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gem. § 12 Abs. 2 BauGB eingeleitet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 242-2 „Hammersteinweg Ostseite“ wird als vorhabenbezogenes Satzungsverfahren unter der B-Plan-Nr. 242-2.1 „Hammersteinweg Ostseite“ fortgeführt.
3. Desweiteren erfolgt die Ausweisung für das Kavaliere Scharnhorst als Mischgebietsfläche (vormals vorgesehen als SO-Gebiet „Tourismus und Freizeit“). Für weitere Teile des Geltungsbereiches erfolgt die Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes sowie als private Grünfläche.
4. Der Bebauungsplan wird teilweise aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Der Flächennutzungsplan wird den Zielen des Bebauungsplanes entsprechend im Parallelverfahren geändert.
5. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg, und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

- 5.7. Aufstellung, Zwischenabwägung und Auslegungsbeschluss zur Stellplatzsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg DS0411/17
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
 WV v. 07.12.2017
-

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann informiert über die Verfahrensweise zur vorliegenden Drucksache DS0411/17.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube sieht mit Hinblick auf die vorliegenden Änderungsanträge noch Diskussionsbedarf. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung der Drucksache DS0411/17 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Drucksache DS0411/17 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

Die vorliegenden Änderungsanträge DS0411/17/1 – DS0411/17/7 werden in die Beratung mit einbezogen.

- 5.8. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum einfachen Bebauungsplan Nr. 230-4 "Erzbergerstraße - Luisenturm" DS0430/17
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1777-051(VI)18

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung) und während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB des Entwurfs des einfachen Bebauungsplanes Nr. 230-4 "Erzbergerstraße - Luisenturm" in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
 Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.

5.9. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 230-4
"Erzbergerstraße - Luisenturm"

DS0431/17

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 38 Ja-, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1778-051(VI)18

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 22.01.2018 den einfachen Bebauungsplan Nr. 230-4 „Erzbergerstraße - Luisenturm“ bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom Oktober 2017 und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.10. Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-1
"Großer Silberberg" im Teilbereich

DS0493/17

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1779-051(VI)18

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3(1) BauGB, der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie im Rahmen der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 111-1 „Großer Silberberg“ im Teilbereich gem. § 3(2) BauGB in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

2. Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.

Die gefassten Einzelbeschlüsse der Zwischenabwägung aus der Drucksache DS0228/17 , Sitzung des Stadtrates am 17.08.2017, Beschluss-Nr. 1509-043(VI)17 , wurden überprüft und bedürfen keiner erneuten Beschlussfassung.

- | | | |
|---|---|-----------|
| 5.11. | Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-1
"Großer Silberberg" im Teilbereich | DS0494/17 |
| BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | | |

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1780-051(VI)18

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. Nr. 12, S. 288), beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 22.01.2018 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 111-1 „Großer Silberberg“ im Teilbereich, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) in der Fassung vom November 2017 und dem Text (Planteil B), als Satzung.

1. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Dieses B-Plan-Verfahren wird gem. § 245c Abs. 1 BauGB entsprechend dem vor dem 13.05.2017 geänderten Baugesetzbuch beendet.

6. Information - "1. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA"

I0007/18

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann geht auf den Antrag auf Rederecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und gibt den Hinweis, dass Informationen gemäß § 12 Absatz 1 der GO SR nur zur Kenntnis zu nehmen sind. Er erteilt dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister das Wort.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister geht auf die Seite 2 der vorliegenden Information ein und fragt nach, wie mit den sich aufgrund der Kündigung des Projektleiters ergebenden Kapazitätsproblemen der übrigen Projektmitarbeiter umgegangen wird. Er bittet zu überlegen, ob man die gesamte Projektleitung in private Hände geben sollte.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet den Stadtrat sich zu positionieren, ob zu dieser Thematik grundsätzlich Diskussionsbedarf besteht, da zu Informationen keine Diskussion zulässig ist. Wenn das gewünscht wird, muss der Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA zukünftig in einer anderen Form dem Stadtrat vorgelegt werden.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zu den Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister Stellung. Er merkt an, dass die Verwaltung einerseits auf externen Sachverstand zurückgreifen will und andererseits die Stelle des Projektleiters erneut ausschreiben will.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1. Entlastungstraße für Cracau

A0042/17

SPD-Stadtratsfraktion
WV v. 16.03.2017

Die Ausschüsse FG und UwE empfehlen die Beschlussfassung.
Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt den Änderungsantrag A0042/17/1 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Änderungsantrag A0042/17/1/1 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen die Errichtung einer Entlastungsstraße aus. Er regt an, über eine ÖPNV-Anbindung oder den Ausbau der Kanonenbahn für den Radverkehr nachzudenken.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke geht auf die Zielstellung des Änderungsantrages A0042/17/1 ein. Er erklärt, dass auch im Hinblick auf die vorhandenen Sportstätten im Ostteil der Stadt dringend nach Lösungen gesucht werden muss.

Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, kann der Argumentation des Stadtrates Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nicht folgen und betont, dass eine dritte Elbquerung auch eine Entlastung für die gesamte Innenstadt bringen würde. Er bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag A0042/17/1.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert die Faktenlage und verweist auf die Beschlusslage zum Haushalt 2018. Er erklärt, dass eine Bedarfsanalyse durchgeführt wurde und demnach keine dritte Elbquerung benötigt wird. Er bittet darum, die beiden Themen „Entlastungsstraße“ und „dritte Elbquerung“ voneinander zu trennen.

Stadtrat Köpp, Fraktion DIE LINKE/future! führt aus, dass die in der GWA Ost-Elbien vorgestellten Verkehrszahlen eindeutig belegen, dass der Bedarf einer Entlastungsstraße besteht.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, geht klarstellend auf die Anmerkungen des Stadtrates Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein und verweist auf das bestehende Nadelöhr. Er betont, dass es in Cracau dringend einer Entlastungsstraße sowie einer ÖPNV-Anbindung bedarf, die aber nicht durch die Wohngebiete führen kann. Zur Frage einer möglichen ÖPNV-Anbindung bittet Stadtrat Dr. Grube den Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dies mit zu prüfen.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag A0042/17/1.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister hält in seinen Ausführungen das Konzept einer Entlastungsstraße für fraglich. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum vorliegenden Antrag A0042/17 der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert ebenfalls gegen die Annahme des Antrages A0042/17 und erklärt, dass es durch den steigenden Zuwachs von Menschen in der Innenstadt weniger Pendler gibt.

Stadtrat Kräuter, SPD-Stadtratsfraktion, weist die Feststellung des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zurück und verweist auf das sehr hohe Verkehrsaufkommen in Ostelbien.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt, dass es keine belegbaren Zahlen gibt, die den Bau einer Entlastungsstraße rechtfertigen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, verweist auf die Beschlusslage zum ISEK und hält den vorliegenden Änderungsantrag A0042/17/1 für gerechtfertigt.

Abschließend spricht sich Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE/future! für die Errichtung einer Entlastungsstraße und gegen die Errichtung einer dritten Elbquerung aus.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß vorliegenden Änderungsantrag A0042/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0042/17/1 wird wie folgt geändert (**fett und kursiv**):

1. Dabei sollen die aus den 90er Jahren zurückliegenden Planungen ***als Grundlage dienen einbezogen werden.***
2. Die Planungen sind grundsätzlich abseits der zurzeit bebauten Grundstücke und Flächen durchzuführen.
3. Die Planungen müssen grundsätzlich mit der Verbindung einer dritten Elbquerung übereinstimmen.
Damit wird nicht nur eine Umgehung für Magdeburg/Cracau geschaffen, sondern generell für die gesamte Innenstadt.
- 4. Im 4. Quartal ist der aktuelle Planungsstand darzustellen.**

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0042/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion hat sich eine Beschlussfassung zum vorliegenden Änderungsantrag A0042/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0042/17/1/1 der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1781-051(VI)18

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Planungen für mindestens eine neue Entlastungsstraße im östlichen Stadtgebiet zu beginnen, mit der Zielstellung, dass über diesen neuen Verkehrsweg die Quell- und Zielverkehre in und aus den ostelbischen Stadtteilen Richtung Innenstadt über den Nordbrückenzug abgeleitet und die Pechauer-, Genthiner- und Cracauer Straße vom Durchgangsverkehr entlastet werden.
Die neue Entlastungsstraße sollte zusätzlich die Möglichkeit eröffnen, die Buslinie 56 Richtung Jerichower Platz zu verlängern, um damit die östlichen Siedlungen und Neubaugebiete für den öffentlichen Nahverkehr zu erschließen. Darüber hinaus sind die östlichen Parkplätze der MDCC-Arena besser an die Bundesstraße B1 anzuschließen.
2. Dabei sollen die aus den 90er Jahren zurückliegenden Planungen einbezogen werden.
3. Die Planungen sind grundsätzlich abseits der zurzeit bebauten Grundstücke und Flächen durchzuführen.
4. Die Planungen müssen grundsätzlich mit der Verbindung einer dritten Elbquerung übereinstimmen.
Damit wird nicht nur eine Umgehung für Magdeburg/Cracau geschaffen, sondern generell für die gesamte Innenstadt.
5. Im 4. Quartal ist der aktuelle Planungsstand darzustellen.

7.2.	Initiative Grüne Fassaden – Vertikales Grün für ein modernes, urbanes Bauen in Magdeburg	A0103/17
	SPD-Stadtratsfraktion WV v. 17.08.2017	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0103/17/3.

Weiterhin liegen die Änderungsanträge A0103/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM und A0103/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! zur Beratung vor.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0103/17 ein und befürwortet die vorliegenden Änderungsanträge. Er dankt der Verwaltung für die vorliegende positive Stellungnahme S0244/17.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Gedlich bringt den Änderungsantrag A0103/17/3 ein. Er bittet die Fraktion DIE LINKE/future! ihren Änderungsantrag A0103/17/1 zurückzuziehen und als eigenständigen Antrag zu stellen. Im Namen seiner Fraktion begrüßt Stadtrat Gedlich den Antrag A0103/17 der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, bringt den Änderungsantrag A0103/17/2 ein.

Im Ergebnis der Diskussion zieht der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller den Änderungsantrag A0103/17/1 zurück und kündigt eine separate Einbringung an.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0103/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM einstimmig:

Der Antrag wird im Punkt C wie folgt geändert (**fett**):

c.) Die Installation vertikaler Begrünung an Mauerwerk zur **Verringerung** der Feinstaubbelastung.

Gemäß Änderungsantrag A0103/17/3 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Stadtrat, den Antrag wie folgt zu ergänzen:

Beim Beschlusspunkt 2a ist hinter nachträglich "Dachbegrünung und" zu ergänzen.

Beim Beschlusspunkt 2b ist hinter Die "Dachbegrünung und" zu ergänzen.

Dem Beschlusspunkt 2c ist "Die Bepflanzung von Dächern" voranzustellen.

Gemäß Antrag A0103/17 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1782-051(VI)18

1. Der Stadtrat spricht sich für eine Initiative für vertikales Grün an den Fassaden der Landeshauptstadt Magdeburg aus.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, ein Konzept für eine solche Initiative zu erarbeiten. Dieses Konzept soll folgende Elemente enthalten:
 - a. Die nachträgliche Dachbegrünung und Installation vertikaler Begrünung an städtischen Bestandsimmobilien. Dabei sind sowohl die bautechnischen Möglichkeiten zu prüfen, als auch die notwendigen Kosten zu ermitteln.
 - b. Die Dachbegrünung und Integration vertikaler Begrünung bei der Errichtung zukünftiger städtischer Gebäude. Hier ist bei der Planung jeweils eine entsprechende Variante mit einer Kostenschätzung vorzulegen.
 - c. Die Bepflanzung von Dächern und Installation vertikaler Begrünung an Mauerwerk zur Verringerung der Feinstaubbelastung.
 - d. Die bestehenden Förderinstrumente sind dahingehend zu prüfen, inwieweit sie zur Finanzierung solcher Vorhaben nicht nur für städtische, sondern auch für private Immobilien herangezogen werden können.
 - e. Abstimmung mit den Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungswirtschaft in Magdeburg zur Realisierung einer solchen Initiative jenseits städtischer Immobilien.

7.3. Ein Hassel für Alle

A0106/17

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 17.08.2017

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten 1, 3, 5 und 6. Zu den Punkten 2, 4 und 7 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten 3, 5 und 6. Zu den Punkten 1, 2, 4 und 7 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung zu den Punkten 1, 3, 5 und 6. Zu den Punkten 2, 4 und 7 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht. Es liegt weiterhin der Änderungsantrag A0106/17/1 des Ausschusses VW vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann schlägt eine punktweise Abstimmung zum vorliegenden Antrag A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen die Annahme des vorliegenden Änderungsantrages A0106/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM aus.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke bringt den Änderungsantrag A0106/17/2 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler kündigt eine differenzierte Abstimmung zum vorliegenden Antrag A0106/17 an.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert gegen die Annahme des Änderungsantrages A0106/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander vermisst ein Statement der Verwaltung, wie sich der Hasselbachplatz inzwischen entwickelt hat. Er spricht sich im Weiteren für die Beibehaltung der Außengastronomie aus.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag A0106/17/1 des Ausschusses VW. Er geht im Weiteren punktuell auf den Antrag A0106/17 ein. Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages A0106/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM merkt er an, dass dieser aus seiner Sicht widersprüchlich ist.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, kann die Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander nicht nachvollziehen. Er stellt klar, dass in einem Ausschuss darüber gesprochen wurde, die Außengastronomie zu verbieten. Er führt weiter aus, dass aus seiner Sicht trotz des Aufstellens eines Toilettenhäuschens sich die Situation am Hasselbachplatz nicht ändern wird.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, sieht dringenden Handlungsbedarf bei der Frage der Ordnung und Sicherheit.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/future! Stadtrat Müller signalisiert zu fast allen Punkten des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung durch seine Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander erklärt, dass der Rückbau der Außengastronomie Thema im Ausschuss StBV war.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0106/17/1 des Ausschusses VW einstimmig:

Der Punkt 1 des Antrages wird umformuliert und lautet wie folgt:

1. Die Errichtung einer öffentlichen Toilette ist zu prüfen.

Gemäß Änderungsantrag A0106/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen:

Der Beschlusstext wird um einen neuen Punkt 8 ergänzt (**fett**):

8. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen ob, die Liebigstraße in eine Fahrtrichtung geöffnet werden kann.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Antrag A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Gemäß Punkt 1 des Antrages A0106/17 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0106/17/1 des Ausschusses VW mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die folgenden sieben Punkte für einen attraktiven, sicheren Hassel so schnell wie möglich, jedoch spätestens ab April 2018 umzusetzen:

(Hassel bezeichnet den Bereich Sternstraße, Hasselbachplatz, Breiter-Weg/Otto-von-Guericke-Straße bis Keplerstraße sowie Leibniz- und Liebigstraße.)

Beschluss-Nr. 1783-051(VI)18

1. Die Errichtung einer öffentlichen Toilette ist zu prüfen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1784-051(VI)18

Der Punkt 2 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

2. Mehr öffentliche und vielfältigere Sitzgelegenheiten für Alt und Jung im gesamten Bereich des Hassels schaffen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 3 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1785-051(VI)18

3. Ein Beleuchtungskonzept für den Hassel, das schöne Ecken sichtbar macht und dunkle beleuchtet.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 10 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1786-051(VI)18

Der Punkt 4 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

4. Tempo 20 am Abend für einen sicheren und ruhigen Verkehr. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 5 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1787-051(VI)18

5. Mehr Platz für Außengastronomie von Kneipen, Bars und Restaurants in den Sommermonaten.

Gemäß Punkt 6 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1788-051(VI)18

6. Mehr Kontrollgänge von Polizei und Ordnungsamt in den Abendstunden regelmäßig, koordiniert zu Fuß, per Rad oder/und im Auto entlang der Straßen des Hassels.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 10 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1789-051(VI)18

Der Punkt 7 des Antrages A0106/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

7. WLAN für Alle. Freier WLAN-Zugang an 7 Tagen die Woche für 24h je Tag. –
wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages A0106/17/2 der Fraktion CDU/FDP/BfM mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1790-051(VI)18

8. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen ob, die Liebigstraße in eine Fahrtrichtung geöffnet werden kann.

7.4. International Hassel Classic Nights

A0130/17

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 14.09.2017

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0130/17/1.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Assmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0130/17 ein. Er unterstützt den vorliegenden Änderungsantrag A0130/17/1 des Ausschusses K.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller bringt den Änderungsantrag A0130/17/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke nimmt zum Antrag A0130/17 Stellung und erklärt, dass er diesen für ungeeignet hält. Er erinnert an die Hassel Night in der Vergangenheit und spricht sich für eine Auflebung dieser Veranstaltung aus.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler unterstützt die Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke, hält aber die Idee, mehr Kultur auf die Straße zu bringen, grundsätzlich für nicht schlecht. Er signalisiert abschließend die Stimmenenthaltung zum Antrag A0130/17 durch seine Fraktion. In diesem Zusammenhang hinterfragt er die Gültigkeit des Änderungsantrages A0130/17/1 des Ausschusses K, da dieser bei der Abstimmung zum Antrag nicht beschlussfähig war.

Der Vorsitzende des Ausschusses K Stadtrat Müller zitiert bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler aus der Kommentierung zum § 55 KVG LSA zur Frage der Beschlussfähigkeit und merkt an, dass die Beschlussfähigkeit des Ausschusses vorgelegt hat.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0130/17/1 des Ausschusses K einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Kooperation mit lokal ansässigen Künstlern musikalische Formate zu entwerfen und umzusetzen, die im öffentlichen Bereich um den Hasselbachplatz herum zur Anwendung kommen.

Die Veranstaltungen sollen in ihrer Umsetzung den sozialen Raum in diesem Teil der Innenstadt positiv besetzen und kreativ in Anspruch nehmen.

(Der Hasselbachplatz bezeichnet den Bereich Sternstraße, Hasselbachplatz, Breiter Weg/Otto-von-Guericke-Straße bis Keplerstraße sowie Leibniz- und Liebigstraße).

Der ursprüngliche Antragstitel „International Classic Hassel Nights“ wird ersetzt durch „Musikveranstaltungen am Hassel“

Gemäß Antrag A0130/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0130/17/1 des Ausschusses K mit 15 Ja-, 12 Neinstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1791-051(VI)18

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Kooperation mit lokal ansässigen Künstlern musikalische Formate zu entwerfen und umzusetzen, die im öffentlichen Bereich um den Hasselbachplatz herum zur Anwendung kommen.

Die Veranstaltungen sollen in ihrer Umsetzung den sozialen Raum in diesem Teil der Innenstadt positiv besetzen und kreativ in Anspruch nehmen.

(Der Hasselbachplatz bezeichnet den Bereich Sternstraße, Hasselbachplatz, Breiter Weg/Otto-von-Guericke-Straße bis Keplerstraße sowie Leibniz- und Liebigstraße).

Der ursprüngliche Antragstitel „International Classic Hassel Nights“ wird ersetzt durch „Musikveranstaltungen am Hassel“

7.5.	Anbindung Beyendorf-Sohlen an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg	A0113/17
SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion CDU/FDP/BfM		

Die Ausschüsse StBV und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Es liegt weiterhin der Änderungsantrag A0113/17/1 des Ausschusses BSS vor.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den gemeinsamen Antrag mit der Fraktion CDU/FDP/BfM ein. Sie spricht sich im Weiteren für die Annahme des Änderungsantrages A0113/17/1 des Ausschusses BSS aus.

Der Ortsbürgermeister von Beyendorf/Sohlen Herr Geue begrüßt den Antrag A0113/17 und bringt den Änderungsantrag A0113/17/2 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Meister spricht sich ebenfalls für die Annahme des Antrages A0113/17 aus. Er erklärt, dass er die vorliegende Stellungnahme S0251/17 für sinnvoll hält.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0113/17/1 des Ausschusses BSS einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch in Zukunft den Schülertransport in der heute bewährten Form auf Dauer sicherzustellen.

Gemäß Änderungsantrag A0113/17/2 des Ortsbürgermeisters Beyendorf/Sohlen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

1. Bei der Umsetzung des Antrages sind u.a. folgende Punkte zu berücksichtigen:

- die Anbindung an den Stadtteil Westerhüsen
- die Anbindung an den Börde-Park Magdeburg
- die Anbindung einer Buslinie für die Schulkinder

2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachfolgende Standpunkte des Ortschaftsrates in der vorbereitenden Planung einer Bus-Anbindung zu berücksichtigen:

- Der Ortschaftsratsrat stellt fest, dass damit einem vielfachen Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Magdeburg entsprochen wird, darunter der Sammlung von mehr als 1.146 Unterschriften durch die Businitiative Beyendorf-Sohlen.
- Der Ortschaftsratsrat ist der Auffassung, dass mit der geplanten Linienführung kein Konkurrenzangebot zum SPNV und dem Erhalt des Bahnhofpunktes unterbreitet wird. Beide öffentlichen Verkehrsträger bedienen unterschiedliche Zielgruppen und Verkehrsführungen und sind auch in Zukunft notwendig.
- Mit der neuen Linienführung ist dafür Sorge zu tragen, dass die Anbindung an die Grundschulstandorte in Reform und Westerhüsen sowie Umstiegsmöglichkeiten für den anderen Schülerverkehr bis hin zu Berufsschulen, auch nach der künftigen Definition von Schulbezirken, gewährleistet werden.
- Der Ortschaftsratsrat ist der Auffassung, dass mit der Optimierung der vorgesehenen Streckenführung im Rahmen des Liniennetzes 2020+ der MVB die in der genannten Stellungnahme der Verwaltung S0251/17 zum Antrag A0113/17 benannten Investitionskosten deutlich verringert werden können.
- Der Ortschaftsratsrat geht davon aus, dass mit der im Liniennetz 2020+ definierten, künftigen Trassenführung der Straßenbahnlinien 9 (Reform – Neustädter See) und 8 (Westerhüsen – Kannenstieg) und der geplanten Busanbindung Westerhüsen – Bördepark und den jeweiligen Umstiegsmöglichkeiten die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs an allen Wochentagen deutlich zunimmt.
- Der Ortschaftsratsrat begrüßt, wenn die Integration in das Liniennetz rechtzeitig und öffentlich mit den künftigen Nutzern diskutiert wird. Eine langfristige Vorbereitung kann die tatsächliche Nutzung des künftigen Angebotes deutlich verbessern, gerade weil das Angebot zugunsten des Individualverkehrs in den letzten Jahrzehnten ausgedünnt worden ist.

Gemäß Antrag A0113/17 der SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion CDU/FDP/BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1792-051(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Magdeburger Verkehrsbetrieben (MVB) einen Vorschlag mit verschiedenen Varianten und deren Kosten zu erarbeiten, wie zukünftig Beyendorf-Sohlen dauerhaft und optimal an den ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg angeschlossen werden kann. Dabei sind u.a. folgende Punkte zu berücksichtigen:

- die Anbindung an den Stadtteil Westerhüsen
- die Anbindung an den Börde-Park Magdeburg
- die Anbindung einer Buslinie für die Schulkinder

2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachfolgende Standpunkte des Ortschaftsrates in der vorbereitenden Planung einer Bus-Anbindung zu berücksichtigen:

- Der Ortschaftsratsrat stellt fest, dass damit einem vielfachen Wunsch von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Magdeburg entsprochen wird, darunter der Sammlung von mehr als 1.146 Unterschriften durch die Businitiative Beyendorf-Sohlen.
- Der Ortschaftsratsrat ist der Auffassung, dass mit der geplanten Linienführung kein Konkurrenzangebot zum SPNV und dem Erhalt des Bahnhaltepunktes unterbreitet wird. Beide öffentlichen Verkehrsträger bedienen unterschiedliche Zielgruppen und Verkehrsführungen und sind auch in Zukunft notwendig.
- Mit der neuen Linienführung ist dafür Sorge zu tragen, dass die Anbindung an die Grundschulstandorte in Reform und Westerhüsen sowie Umstiegsmöglichkeiten für den anderen Schülerverkehr bis hin zu Berufsschulen, auch nach der künftigen Definition von Schulbezirken, gewährleistet werden.
- Der Ortschaftsratsrat ist der Auffassung, dass mit der Optimierung der vorgesehenen Streckenführung im Rahmen des Liniennetzes 2020+ der MVB die in der genannten Stellungnahme der Verwaltung S0251/17 zum Antrag A0113/17 benannten Investitionskosten deutlich verringert werden können.
- Der Ortschaftsratsrat geht davon aus, dass mit der im Liniennetz 2020+ definierten, künftigen Trassenführung der Straßenbahnlinien 9 (Reform – Neustädter See) und 8 (Westerhüsen – Kannenstieg) und der geplanten Busanbindung Westerhüsen – Bördepark und den jeweiligen Umstiegsmöglichkeiten die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs an allen Wochentagen deutlich zunimmt.
- Der Ortschaftsratsrat begrüßt, wenn die Integration in das Liniennetz rechtzeitig und öffentlich mit den künftigen Nutzern diskutiert wird. Eine langfristige Vorbereitung kann die tatsächliche Nutzung des künftigen Angebotes deutlich verbessern, gerade weil das Angebot zugunsten des Individualverkehrs in den letzten Jahrzehnten ausgedünnt worden ist.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch in Zukunft den Schülertransport in der heute bewährten Form auf Dauer sicherzustellen.

7.6.	Ordnung- und Sicherheitsmaßnahmen für Neue Neustadt	A0114/17
	Interfraktionell WV v. 17.08.2017	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung in geänderter Form.

Der Ausschuss VW hat den Antrag A0114/17 zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Ehlebe, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den interfraktionellen Antrag A0114/17 ein. Er geht im Weiteren auf die vorliegende Stellungnahme S0260/17 ein und betont, dass für seine Fraktion Integrationsmaßnahmen wichtig sind.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, bringt den Änderungsantrag A0114/17/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander informiert über ein Bürgergespräch vor Ort und erklärt, dass es den Anwohnerinnen und Anwohnern nur um die Ruhestörung und Ordnung geht.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann weist den Vorwurf des Vorsitzenden der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander zurück, dass keine weiteren Stadträtinnen und Stadträte sich vor Ort erkundigt haben.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 9 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0114/17/1 der Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Oberbürgermeister wird vor dem Hintergrund zunehmender Beschwerden über Lärm und Verschmutzung rund um den Bereich Moritzplatz/Umfassungsstraße beauftragt, folgende Maßnahmen zur Entspannung der Situation zu ergreifen.

1. Vorgeschlagen wird, insbesondere folgende Maßnahmen in die Lösung der Konflikte einzubeziehen:
 - Bildung eines „Runden Tisches“ aus Vertretern der Verwaltung, der Polizei, der Schulen und Kindertagesstätten sowie gesellschaftlichen Akteuren (u.a. dem Stadtteilmanagement, dem Moritzhof, der Neuapostolischen Kirchengemeinde Magdeburg-Neustadt, dem INABIS-Netzwerk, dem interkulturellen Garten, dem Willkommensbündnis Neustadt) und Anwohnerinnen und Anwohner
 - Stärkung des Stadtteilmanagements als Schnittstelle für Kommunikationsangebote im Interesse gegenseitiger Rücksichtnahme
 - Erforschung der strukturellen und sozialen Ursachen für Konflikte im Bereich des Moritzplatzes und mittelfristige Vermeidung solcher Konflikte durch eine bessere Quartiersplanung und Belegungspolitik
 - Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnquartiers Umfassungstraße, Umfassungsweg, Grünstraße (u.a. Verbesserung der Straßenbeleuchtung)
 - Zügige Entwicklung des Wohnquartiers Haldensleber Straße und entsprechende Maßnahmen des Lärmschutzes zum Magdeburger Ring
 - Bereitstellen zusätzlicher Abfalleimer am Polarspielplatz und am Moritzplatz
 - Vollständige Besetzung aller Stellen in der kommunalen Straßensozialarbeit
 - Schaffung je einer zusätzlichen Stelle in der Straßensozialarbeit für den Bereich des Moritzplatzes sowie des Hasselbachplatzes mit vorläufiger Befristung für zwei Jahre
 - Unterstützung von Maßnahmen der Sozialarbeit und von Familienlotsen in den Einrichtungen der Tagesbetreuung für Kinder im Umfeld des Moritzplatzes
 - Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Unterstützung von Projekten und AGen an der Grundschule „Am Umfassungsweg“ und der Ganztagssekundarschule/-gemeinschaftsschule "Thomas Müntzer"
 - Aufstellung einer öffentlichen Toilette am Polarspielplatz
 - Regelmäßige Säuberung des Brunnens auf dem Moritzplatz
 - Pflanzung zusätzlicher Bäume auf dem Moritzplatz
 - Errichtung zusätzlicher Spielgeräte auf dem Moritzplatz
 - Fortbildungsmaßnahmen für Bedienstete und die Polizei
 - Kurse für Roma-Kinder zur Hinführung zur Schule und Elternarbeit
 - Beratungsangebote für bestimmte Zielgruppen
 - Verstärkte Präsenz und gemeinsame Bestreifung durch Polizei und Stadtordnungsdienst
 - Anbringen von Informationsschildern bzgl. der Müll- und Lärmvorschriften in verschiedenen Sprachen und als Piktogramme in den Hauseingängen
 - Einrichten einer Beratungsstelle zur Klärung deutscher Rechtsvorschriften auch mit Personal mit entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen

- Nochmalige Kontaktaufnahme zu den Vermietern mit dem Hinweis auf Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit sowie der Bitte um Schaffung von Hausmeisterstellen mit entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen
 - Bauordnungsrechtliche Maßnahme in Bezug auf mögliche Überbelegungen von Wohnungen
2. Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen soll ein Projekt zu Konfliktvermittlung, Konfliktmanagement und Mediation ausgeschrieben und installiert werden. Zielgruppe sind die Anwohnerinnen und Anwohner, unabhängig von sozialer, kultureller oder nationaler Herkunft. Ziel ist es, nach speziellem Training, bei schwelenden oder bereits ausgebrochenen Konflikten, unabhängig von nötigen Maßnahmen von Ordnungsbehörden und Polizei, zu deeskalieren, Konflikte zu lösen oder Möglichkeiten zu finden, wie künftig mit Problemen, umgegangen werden soll. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0114/17/2 der SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion LINKS für Magdeburg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

- **finanzielle und personelle Unterstützung der Sportvereine vor Ort bei ihren Integrationsprojekten, z.B. Fußballcamp der SG Handwerk**

Gemäß interfraktionellem Antrag A0114/17 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0114/17/2 der SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion LINKS für Magdeburg einstimmig:

Beschluss-Nr. 1793-051(VI)18

Der Oberbürgermeister wird vor dem Hintergrund zunehmender Beschwerden über Lärm und Verschmutzung rund um den Bereich Moritzplatz/Umfassungsstraße beauftragt, kurzfristige Maßnahmen zur Entspannung der Situation zu ergreifen.

Vorgeschlagen wird, insbesondere folgende Aspekte in die Lösung des Problems einzubeziehen:

- Verstärkte Polizeipräsenz in Problembereichen und Prüfung von Videoüberwachung in bestimmten problematischen Bereichen
- Regelmäßige Rundgänge des Stadtordnungsdienstes gemeinsam mit den zuständigen Regionalbereichsbeamten
- Das Anbringen von Informationsschildern bzgl. der Müll- und Lärmvorschriften in verschiedenen Sprachen in den Hauseingängen
- Einrichten einer Beratungsstelle zur Klärung deutscher Rechtsvorschriften auch mit Personal mit entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen
- Das Stadtteilmanagement als Schnittstelle für Kommunikationsangebote im Interesse gegenseitiger Rücksichtnahme

- Einbeziehung von Vereinen und Verbänden vor Ort sowie das Innovations- und Gründerzentrum in der Mittagsstraße
- finanzielle und personelle Unterstützung der Sportvereine vor Ort bei ihren Integrationsprojekten, z.B. Fußballcamp der SG Handwerk
- Verstärkte Sozialarbeit im Stadtteil sowie prüfen, ob eine temporäre Betreuung des Polarspiel- und Bolzplatzes in den Sommermonaten möglich ist
- Verlagerung von W-LAN-Netzen
- Nochmalige Kontaktaufnahme zu den Vermietern mit dem Hinweis auf Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit
- Schaffung von Hausmeisterstellen mit entsprechenden Fremdsprachenkenntnissen
- Anregung von Initiativen an den Schulen für ein besseres Miteinander und bessere Kommunikation
- Die Prüfung einer Neuordnung der Schulbezirke in diesem Stadtteil aufgrund des hohen Anteils ausländischer Schüler*innen in der Schule Umfassungsstraße

7.7. Kauf des Grundstückes und Festsetzung Fläche der Kleingartenanlage "Klinketal" e.V. als Dauerkleingartenanlage A0124/17
 Interfraktionell
 WV v. 14.09.2017

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0124/17/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt zum Punkt 1 die Beschlussfassung und zum Punkt 2 empfiehlt er die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander trägt den Änderungsantrag A0124/17/1 des Ausschusses StBV mit.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Dr. Grube bringt den Änderungsantrag A0124/17/1 ein.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, bittet darum, das Schreiben des Anwalts des Käufers des Grundstücks KGV „Klinketal“ e.V. den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über den Inhalt des Schreibens.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM, erklärt, dass nach seiner Auffassung der vorliegende Änderungsantrag A0124/17/1 des Ausschusses StBV obsolet ist.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0124/17/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat erklärt, dass die Kleingartenanlage „Klinketal“ e.V. erhalten bleibt. Grundlage dafür ist der geltende Flächennutzungsplan und das beschlossene ISEK.

Gemäß vorliegendem interfraktionellem Antrag A0124/17 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrag A0124/17/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr. 1794-051(VI)18

Der Stadtrat erklärt, dass die Kleingartenanlage „Klinketal“ e.V. erhalten bleibt. Grundlage dafür ist der geltende Flächennutzungsplan und das beschlossene ISEK.

7.8.	Längere Öffnungszeiten für städtische Kindertagesstätten	A0136/17
	SPD-Stadtratsfraktion WV v. 19.10.2017	

Die Ausschüsse FuG und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den Antrag A0136/17 ein und nimmt kritisch zu den vorliegenden Änderungsanträgen A0136/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM und A0136/17/2 der Fraktion DIE LINKE/future! Stellung. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag A0136/17.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktion zur Thematik Stellung.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris nimmt zum Antrag A0136/17 Stellung. Sie weist darauf hin, dass es bereits eine Netzwerkstelle gibt und man dieser Gelegenheit zur Erarbeitung von Konzeptansätzen geben sollte. Sie erklärt weiter, dass auch die Arbeit des Eigenbetriebes anlaufen muss und bittet darum, dies abzuwarten.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg Frau Ponitka erhält das Rederecht. In ihren Ausführungen verweist sie auf die jahrlange Diskussion zur Frage der längeren Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen und bittet darum, die Chance, dieses Angebot vorzuhalten, jetzt zu nutzen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass es in dieser Frage um Arbeitszeitverlagerung geht, die nicht mit Mehrkosten verbunden ist.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke erläutert die Intention des vorliegenden Änderungsantrages A0136/17/1.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, bringt den Änderungsantrag A0136/17/2 ein. Er gibt den Hinweis, dass die Eltern kein Wahlrecht zur Unterbringung ihres Kindes in eine bestimmte Kita haben und kritisiert dies.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler geht auf die Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion CDU/FDP/BfM Stadtrat Schwenke ein. Er erläutert die Zielstellung des vorliegenden Antrages A0136/17 und bittet darum, diesem unverändert zuzustimmen.

Stadträtin Boeck, Fraktion LINKS für Magdeburg, bringt den Änderungsantrag A0136/17/3 ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann bittet darum, die Diskussion offen zu betreiben und den Antrag A0136/17 als Prüfauftrag zu verstehen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fragt nach, was mit dem vorliegenden Antrag A0136/17 erreicht werden soll und bittet darum, in dieser Frage realistisch und logisch vorzugehen.

Stadträtin Steinmetz, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf die Frage des Bedarfs ein und begründet die Ablehnung zum vorliegenden Änderungsantrag A0136/17/2 der Fraktion DIE LINKE/future!.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! begründet nochmals die Intention des Änderungsantrages A0136/17/2 und geht auf die Frage der verschiedenen Arbeitszeitmodelle von Eltern ein.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag A0136/17 der SPD-Stadtratsfraktion und lehnt die vorliegenden Änderungsanträge ab.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, unterstützt den Standpunkt des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er erklärt, dass er ebenfalls den Bedarf einer Ganztagsbetreuung sieht. Er regt in diesem Zusammenhang an, auch mal über die Ursachen, wie z.B. lange Öffnungszeiten im Handel, nachzudenken

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile vertritt die Auffassung, dass mit der Errichtung der kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadtrat die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Öffnungszeiten hat. Er signalisiert abschließend Zustimmung zum Antrag A0136/17.

Abschließend erläutert Stadtrat Rupsch, Fraktion CDU/FDP/BfM, nochmals die Zielstellung des vorliegenden Änderungsantrages A0136/17/1.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0136/17/2 der Fraktion DIE LINKE/future! –

Der Antrag wird wie folgt geändert (**fett**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Fertigstellung der vier neuen städtischen Kindertagesstätten ~~dafür Sorge zu tragen~~ **Gespräche mit den Kuratorien dieser Einrichtungen aufzunehmen, mit dem Ziel**, dass mindestens eine Kindertagesstätte **bei nachgewiesenem Bedarf** verlängerte Öffnungszeiten von 5 Uhr bis 21 Uhr anbietet. Das Kita-Portal soll über einen entsprechenden Hinweis auf das Angebot aufmerksam machen sowie um eine zusätzliche Filteroption bei der Platz-Suche ergänzt werden. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 15 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0136/17/1 der Fraktion CDU/FDP/BfM –

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt (**fett**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Fertigstellung der vier neuen städtischen Kindertagesstätten dafür Sorge zu tragen, dass mindestens eine Kindertagesstätte **bei nachgewiesenem Bedarf**, verlängerte Öffnungszeiten von 5 Uhr bis 21 Uhr anbietet. Das Kita-Portal soll über einen entsprechenden Hinweis auf das Angebot aufmerksam machen sowie um eine zusätzliche Filteroption bei der Platz-Suche ergänzt werden. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0136/17/3 der Fraktion LINKS für Magdeburg **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Dabei ist zu prüfen, ob eine der bestehenden kommunalen Kita`s eine längere Öffnungszeit anbieten kann.

Gemäß vorliegendem Antrag A0136/17 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1795-051(VI)18

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Fertigstellung der vier neuen städtischen Kindertagesstätten dafür Sorge zu tragen, dass mindestens eine Kindertagesstätte verlängerte Öffnungszeiten von 5 Uhr bis 21 Uhr anbietet. Das Kita-Portal soll über einen entsprechenden Hinweis auf das Angebot aufmerksam machen sowie um eine zusätzliche Filteroption bei der Platz-Suche ergänzt werden.

Dabei ist zu prüfen, ob eine der bestehenden kommunalen Kita`s eine längere Öffnungszeit anbieten kann.

Neuanträge

7.9.	Barleber See 2018 - Baden auf eigene Gefahr, Umsetzung des Personals	A0002/18
Fraktion Magdeburger Gartenpartei		

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0002/18 in die Ausschüsse BSS und FG – vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future! spricht sich ebenfalls gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion Magdeburger Gartenpartei – Überweisung des Antrages A0002/18 in die Ausschüsse BSS und FG – wird **abgelehnt**.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle geht erläuternd auf die derzeitige Situation des Barleber Sees ein. Er informiert, dass aktuell Wissenschaftler des Helmholtz-Zentrums und Experten des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft sich mit dem Thema befasst und den Zustand des Gewässers genau untersucht haben. Demnach werden im Februar erste und abschließende Ergebnisse Anfang 2019 erwartet. Im Anschluss werden der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie und eine Kostenschätzung zur Sanierung des Sees erteilt sowie die Beantragung von Fördermitteln vorgenommen. Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Prof. Dr. Puhle kündigt für die Stadtratssitzung am 05.04.2018 eine entsprechende Information für den Stadtrat an.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzt, dass sich der Prozess schwierig gestaltet, die Verwaltung aber alles daran setzt, den See zu retten. Er übt im Weiteren Kritik an dem vorliegenden Antrag A0002/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei und verweist auf die Verantwortung für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Der Vorsitzende der Fraktion Magdeburger Gartenpartei Stadtrat Zander erläutert nochmals die Zielstellung des vorliegenden Antrages A0002/18.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE/future!, nimmt kritisch zum vorliegenden Antrag A0002/18 Stellung. Er erklärt, dass die Verwaltung sich mit dieser Thematik seit längerer Zeit beschäftigt und auch etwas unternimmt.

Stadtrat Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, dass Ergebnis der Untersuchung auch im Ausschuss UwE vorzustellen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0002/18.

Der Vorsitzende der Fraktion LINKS für Magdeburg Stadtrat Theile erklärt, dass die Stadt eine Verkehrssicherungspflicht hat und schließt sich der Argumentation des Stadtrates Gedlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, an. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0002/18.

Stadträtin Nowotny, Fraktion DIE LINKE/future! ist enttäuscht über die Diskussionskultur hier im Stadtrat und spricht sich für die Annahme des Antrages A0002/18 aus.

Abschließend betont der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler, dass es Aufgabe der Stadt ist, Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Er spricht sich dafür aus abzuwarten, wie sich die Wasserqualität nach den Wintermonaten darstellt und wie die Ergebnisse des Institutes sind. Er signalisiert ebenfalls im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0002/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1796-051(VI)18

Der Antrag A0002/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei –

Das Baden im Barleber See wird im Jahr 2018 ohne Aufsicht, auf eigene Gefahr und unentgeltlich gestattet. Dies ist mit geeigneten Mitteln zu kennzeichnen.

Am Barleber See beschäftigtes Personal wird aufgrund der Situation nicht benötigt und ist in anderen Freibädern oder Badeseen der Landeshauptstadt zu beschäftigen.

Sollten auch in den Folgejahren keine Anstrengung unternommen werden die Wasserqualität des Barleber See zu optimieren, ist dieser Beschluss auch auf weitere Jahre anzuwenden. –

wird **abgelehnt**.

7.10.	Einrichtung eines Fußgängerschutzweges in Sohlen	A0189/17
	Ortsbürgermeister Beyendorf/Sohlen	

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion CDU/FDP/BfM – Überweisung des Antrages A0189/17 in den Ausschuss StBV –vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0189/17 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

7.11.	Befragungssatzung	A0001/18
	Interfraktionell	

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0001/18 in die Ausschüsse KRB und VW - vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der interfraktionelle Antrag A0001/18 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1. Schriftliche Anfrage (F0011/18) des Stadtrates Hoffmann, Fraktion CDU/FDP/BfM

Zünden von Feuerwerk

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im letzten Jahr startete der Silvester Feuerwerksverkauf am 28. Dezember. Obwohl eindeutig der Gesetzgeber darauf hinweist, dass nur im Zeitraum vom 31. Dezember bis 01. Januar des neuen Jahres gezündet werden darf, wurde trotzdem in der Landeshauptstadt ab dem 28. Dezember 2017 mehrfach Feuerwerk gezündet.

Wenn Feuerwerksartikel gezündet werden, haben besonders Kinder, ältere Menschen und Tiere darunter zu leiden.

Deshalb fragen wir an:

1. Gab es Kontrollen durch den Stadtordnungsdienst für das vorzeitige Zünden von Feuerwerkskörpern?
 - 1.1 Wenn ja, zu welcher Uhrzeit?
 - 1.2 In welchen Stadtgebieten wurde kontrolliert?
 - 1.3 Welche Ordnungsmaßnahmen erfolgten?
 - 1.4 Wenn nein, warum nicht?
 - 1.5 Gibt es Überlegungen dazu, wie die Stadtverwaltung zukünftig gegen die Verstöße vorgehen will?
2. Welche konkreten kommunalrechtlichen Möglichkeiten können ermessensfehlerfrei ergriffen werden, um die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern durch private Feuerwerke im öffentlichen Raum zu schützen?
3. Wie hoch sind die Kosten (zum Beispiel: Reinigung und Beseitigung) für das Vorhalten und die Einsätze der Sicherung der öffentlichen Sicherheit?
4. Wie viele Sondergenehmigungen gab es im gesamten Zeitraum 2017 für das Abbrennen von Feuerwerk in Magdeburg?
5. Sieht die Stadtverwaltung die Möglichkeit, dass nur noch an bestimmten Plätzen in Magdeburg Feuerwerk gezündet werden kann?
6. Könnte die Stadtverwaltung einen Erlass verfügen, der das Zünden von Feuerwerkskörpern an Alten- und Behindertenheimen, an Kirchengebäuden und am Zoo verbietet?

Antwort des Amtsleiters 37 Herr Langenhan, in Vertretung des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz

In seiner Beantwortung macht der Amtsleiter Herr Langenhan auf die Problematik aufmerksam, dass die Landeshauptstadt Magdeburg für diese Angelegenheit nicht zuständig ist. Begründend verweist er auf die Zuständigkeitsverordnung des Landes, die besagt, dass der Vollzug – u. a. auch der Vollzug des Ordnungswidrigkeitsrechts – auf diesem Gebiet der Polizeidirektion Nord obliegt. Herr Langenhan kündigt an, dass die Problematik in den nächsten Beratungen mit der PD Nord thematisiert und dort auch die Intention der Anfrage eingebracht wird.

Im Weiteren merkt er an, dass mit dem Sprengstoffgesetz rechtlich klargestellt wurde, dass im Umfeld von Krankenhäusern, Altenheimen, Kirchen und dgl. das Abbrennen von Feuerwerkskörpern nicht zulässig ist. Jetzt gehe es lediglich darum, diese Rechtslage und deren Umsetzung zu überprüfen und Sanktionen zu erteilen. Das sei jedoch Aufgabe der Polizei. Herr Langenhan macht darauf aufmerksam, dass die Feststellung und Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten eine schwierige Sache ist und begründet, dass das Werfen eines Böllers schnell geschehen ist, aber eine beweiskräftige und rechtssichere Aufnahme der Ordnungswidrigkeit schwierig sei.

9.2. Schriftliche Anfrage (F0003/18) des Stadtrates Rösler, SPD-Stadtratsfraktion

B-Plan Nr. 354-1D „Frankelfelde Ostseite“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im vergangenen Jahr fanden im Stadtteil Ottersleben eine Bürger- und eine Einwohnerversammlung statt, in deren Rahmen der B-Plan Nr. 354-1D „Frankelfelde Ostseite, Teilbereich D“ vorgestellt und diskutiert wurde. Im Zuge der Diskussionen sowie in einem gesonderten Gespräch mit unserer Fraktion äußerten die Bürger*innen ihre Sorge über die Weiterentwicklung ihres Wohngebietes und den damit verbundenen Anschluss der bisherigen Sackgassen Bebelstraße, Wilhelm-Dieck-Straße, Albert-Fischer-Straße und St.-Stephani-Straße an die Gernröder Straße. Vor allem vor dem Hintergrund der fortwährenden Überlastung der Brenneckestraße wie auch der umständlichen Ortsdurchfahrt des Ottersleber Kerns befürchteten die Anwohner*innen, dass diese Anbindung von vielen Autofahrern als Abkürzung (Schleichweg) zur eigentlichen Ortsumgehung in Richtung Tangente (B81) sowie nach Lemsdorf genutzt werden wird, was folglich zu einer signifikanten Erhöhung des Verkehrsaufkommens in dem Wohngebiet führt.

Deshalb haben wir folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Planungsstand für die Weiterentwicklung des Baugebietes „Frankelfelde Ostseite, Teilbereich D“?
2. Besteht die Möglichkeit, die Durchfahrt zwischen Bebelstraße und Gernröder Straße für den allgemeinen Verkehr zu verhindern, um eine Nutzung als Schleichweg auszuschließen?
3. Wie wird die Parksituation für die Anwohnerinnen und Anwohner der Gernröder Straße während der Bauphase gelöst? Ist eine Ausweichfläche als Parkplatz vorgesehen?
4. Wie wird während der Bauphase der Baustellenverkehr grundsätzlich geregelt sein? Von wo aus wird die Zufahrt zur Baustelle erfolgen?
5. Das altbekannte Problem in Ottersleben, vor allem in diesem Bereich, ist der erhöhte Grundwasserspiegel und die vernässten Flächen. Wie soll konkret die Entwässerung in diesem Baugebiet erfolgen?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung geht der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die einzelnen Fragestellungen ein.

Zum Punkt 1 der Fragestellung führt er aus, dass die Verwaltung im Bauleitplanverfahren zunächst die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt hat. Derzeit erfolge die Überarbeitung des Entwässerungskonzeptes im genannten Bereich. Insbesondere verweist er darauf, dass die in der Bürgerversammlung des Oberbürgermeisters gestellten Fragen bearbeitet werden. So werden Überlegungen angestellt, Verkehrskonzepte aufzustellen. Nach Abschluss der Prüfungen aller notwendigen Unterlagen wird eine Zwischenabwägung erfolgen sowie die Auslegung des Entwurfes.

Herr Dr. Scheidemann verweist darauf, dass die Wünsche der Bürger entgegengenommen wurden und merkt an, dass die jetzt dort Ansässigen auch auf der Grundlage eines Bauleitplanes gebaut hatten. Diese wissen also, wie lange der Planungsvorlauf dauert. Er sagt zu, nach entsprechender Bearbeitung aller Unterlagen und der Aussagefähigkeit der Verwaltung auch zu Verkehrsführungen, auf die Bürger zuzukommen und nochmals Erläuterungen zum Verfahren vorzunehmen.

Bezug nehmend auf die weiteren Fragen der Bürger hinsichtlich des Ablaufes der Bebauung führt er aus, dass dies im Rahmen des städtebaulichen Vertrages geklärt wird. Insbesondere verweist er darauf, dass die Verwaltung noch sehr früh im Verfahren und darauf bedacht ist, mit den Bürgern den Dialog zu führen, insbesondere hinsichtlich des befürchteten „Schleichverkehrs“.

Hinsichtlich weiterer Schritte, z.B. wie in der Bauphase die Zufahrten geregelt werden, welche zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, legt er dar, dass zunächst der Bauleitplan auch mit der Verkehrsführung erstmal soweit sicher sein muss, dass er Bestand hat und dann weitere Baustraßen ggf. notwendig werden.

Abschließend bekräftigt Herr Dr. Scheidemann nochmals, dass die Forderungen der Bürger aufgenommen wurden und auch im weiteren Verfahren aufgenommen werden. Er äußert jedoch die Bitte um einen gewissen zeitlichen Spielraum, in dem die Verkehrsflächen geprüft werden können, auch dahingehend, ob tatsächlich eine Sperrung vorgenommen und die Verkehre sondiert werden können.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3. Schriftliche Anfrage (F0019/18) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/future! und der Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM

Verhandlungen zur Fortschreibung der Theaterverträge

Vor wenigen Wochen haben die Theaterverhandlungen des Landes Sachsen-Anhalt mit den Kommunen begonnen. Darunter ist selbstverständlich auch die Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Theater Magdeburg und dem Puppentheater Magdeburg.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Wie gestalten sich aktuell die Verhandlungsgespräche?
2. Wann und mit welcher Zielrichtung werden diese geführt?
3. Gibt es bereits zu einzelnen Vertragspunkten Verständigungen?
4. Wer ist Verhandlungsführer der Stadt?
5. Wird bspw. die sog. Dynamisierungsklausel den realen Lohnentwicklungen gerecht?
6. Wie positioniert sich die Landeshauptstadt Magdeburg zu der Problematik der vollkommen unzureichenden Gagenbedingungen der Schauspieler/innen in den Theatern?
7. In welcher Weise werden dabei Kennziffern wie Besucherzahlen, Zuschauer- auslastung etc. im Kontext von jahrelangen Sparmaßnahmen goutiert?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass es seinem Wissen nach noch keine offiziellen Verhandlungen gibt. Im Rahmen eines Gespräches im Dezember 2017 mit dem Staatssekretär Kultur Herrn Dr. Schellenberger, zu dem er eingeladen war, wurde lediglich in groben Zügen über die Richtung des Landes informiert. Herr Dr. Trümper merkt an, dass in den vergangenen fünf Jahren eine bestimmte Summe vereinbart wurde und zu dieser jetzt jährlich 2 % Personalkosten hinzukommen sollen. Diese Vereinbarung soll im Prinzip weitergeführt werden. Insbesondere verweist er darauf, dass noch keine anderen Themen besprochen wurden und die Verhandlungen jetzt erst aufgenommen werden.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.4. Schriftliche Anfrage (F0009/18) des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/die Grünen

Spielmöglichkeiten für Kinder im Quartier Elbbahnhof

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

inzwischen ist das Gelände des ehemaligen Elbbahnhofs durch eine Vielzahl von Bauherren fast vollständig bebaut. In diesen Tagen wurde die Grünfläche am Hammersteinweg von der Stadt fertiggestellt.

Ich gehe davon aus, dass zwischen den Restaurants gegenüber der Bastion Cleve und dem großen 2014 errichteten Parkplatz am Hammersteinweg Wohnungen für rund 300 – 400 Haushalte entstanden sind.

Ich vermisse in dem Bereich Flächen zum Spielen für Kinder. Gemäß § 8 der BauO LSA sind bei der Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen ausreichend große, barrierefrei erreichbare Flächen zum Spielen für Kleinkinder anzulegen.

Davon kann nur abgesehen werden, wenn in unmittelbarer Nähe ein Spielplatz vorhanden ist oder angelegt wird.

Der große Spielplatz an der Hegelstraße liegt vom Elbbahnhof zwar nur rund 250 – 600 m entfernt, allerdings muss dazu das vierspurige Schleiufer überquert werden.

Ich frage Sie deshalb und erbitte folgende Informationen:

1. Wie viel Einwohner leben derzeit im Bereich Elbbahnhof? Wie viel werden voraussichtlich nach Fertigstellung aller Bauvorhaben, einschließlich die in der Durchführung befindlichen Projekte im Kavalier Scharnhorst, dort in etwa wohnen?
2. Wie viele Kinder unter 10 Jahren wohnen zz. dort? Wie viele könnten es bei Fertigstellung aller Grundstücke voraussichtlich werden?
3. Haben die verschiedenen Bauherren im Elbbahnhof Ablösebeiträge an die Stadt gezahlt, damit noch eine Gemeinschaftsanlage entstehen kann? Wann ist mit dem Verwaltungsvorschlag für den angekündigten stadtweiten Handlungsleitfaden für ein derartiges Verfahren zu rechnen?
4. Gibt es städtische Restflächen und Überlegungen des Stadtplanungsamtes und des Eigenbetrieb SFM einen Kleinkinderspielplatz anzulegen?
5. Falls sich die Bauherren verpflichtet haben, auf eigenem Grundstück Spielmöglichkeiten zu schaffen, müsste die Bauaufsicht das im Rahmen der Schlussabnahme kontrolliert haben und dann erbitte ich eine Übersicht, bei welchen Liegenschaften etwas entstanden ist.

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung nach Zuarbeit des Amtes für Statistik, des Stadtplanungsamtes, der Bauaufsichtsbehörde und des Stadtgartenbetriebes. Das Ergebnis sollte im Stadtentwicklungsausschuss, im Jugendhilfeausschuss und im Betriebsausschuss des SFM beraten werden.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann geht beantwortend auf einzelne Fragestellungen ein und informiert zu Punkt 1, dass die Spielplatzflächenkonzeption für diesen Bereich einen Überhang an Spielflächen vorsieht.

Zum Punkt 2 bestätigt er, dass geprüft werde, ob im Bereich des Hammersteinweges ein Kleinkinderspielplatz ausgewiesen werden kann und merkt an, dass diese Angelegenheit noch in der Planungsphase befindet.

Eingehend auf Punkt 3 teilt er die Befürchtung des Stadtrates Canehl, dass ein Spielgerätetourismus zwischen den Bauherren stattfinden könnte. Er führt aus, dass zur Vermeidung der Weitergabe von Spielgeräten eine entsprechende Prüfung erfolgt und nochmals eine einheitliche Begehung aller Standorte an einem Tag vorgenommen wird.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5. Schriftliche Anfrage (F0008/18) des Stadtrates Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg

Schreiben des Fahrgastverbandes Magdeburg e.V. vom 15.12.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

uns erreichte am 18.12. 2017 das als Anlage beigefügte Schreiben des Fahrgastverbandes Magdeburg e. V. vom 15.12.2017.

Wir bitten Sie, zu den dort aufgeführten Sachverhalten Stellung zu nehmen und insbesondere nachstehende Fragen zu beantworten bzw. beantworten zu lassen:

1. Trifft es zu, dass die hohe Zahl der Ausfälle an Verkehrsdienstleistungen der MVB „...bundesweit ohne Beispiel ist.“ (vgl. Abs. 3, Schreiben Fahrgastverband Magdeburg e.V.) ?
2. Entspricht die Ausstattung der MVB mit Fahrpersonal den Anforderungen an die Fahrplandurchführung gem. Betrauungsvertrag?

Wenn ja, aus welchen Gründen kommt es nach wie vor zu den im Schreiben des Fahrgastverbandes Magdeburg e. V. dargestellten, mglw. personalbedingten, erheblichen Verspätungen, Ausfällen und Fahrtaktveränderungen?

3. Entsprechen die vom Fahrgastverband Magdeburg e. V. bezifferten anhaltenden Fahrgastverluste im Vergleich zu Vorjahren/Vorzeiträumen den Tatsachen?

Wenn ja:

- a) Welche Gegensteuerungsmaßnahmen sieht das städtische Unternehmen hierzu vor? Wie bewertet der Aufsichtsrat des Unternehmens diese u. E. bedenkliche Entwicklung?
 - b) Gibt es konkrete Aufträge an die Geschäftsführung des Unternehmens in Form von Kennziffern zur Erreichung bzw. Erhaltung von Fahrgastzahlen bzw. fahrgastanzahlbezogener Umsätze?
 - c) Halten Sie im Hinblick auf die sich im Kontext der Darstellungen des Fahrgastverbandes Magdeburg e. V. fortgesetzt verschlechternde Kundenakzeptanz, die operative Führung sowie die strategische Ausrichtung der MVB für angemessen, geeignet und zukunftsfähig?
4. Was kann aus Ihrer Sicht der Stadtrat in Abstimmung mit der Verwaltung und den Organen der Gesellschaft tun, um den vom Fahrgastverband dargestellten Sachverhalten und Entwicklungen entgegenzuwirken bzw. das Unternehmen in seiner Tätigkeit zu unterstützen?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6. Schriftliche Anfrage (F0006/18) des Stadtrates Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei

Fehlende Straßenbeleuchtung der Straße Am Flora Park

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Ede-Unku-Weg wurde die Straßenbeleuchtung in 2017 erneuert.
Bürger*innen kommen nun auf mich zu und fragen:

1. Warum wurde in diesem Zuge nicht auch die Straße Am Flora Park in die Maßnahme einbezogen? Diese ist bisher nicht beleuchtet, was gerade in den Wintermonaten zu Behinderungen führt.

2. Gerade bei starken Regenfällen ist die Straße „Am Flora Park“ regelmäßig überflutet. Welche Ursachen gibt es dafür und wann werden die Ursachen behoben?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass sich die Straße am Flora-Park auf einem privaten Grundstück befindet.
Der Ede-und-Unku-Weg ist eine städtische Straße und der Abzweig rechterhand mündet in den Bereich des Flora-Parkes hinein und gehört zum Flora-Park selbst.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.7. Schriftliche Anfrage (F0016/18) des Stadtrates Schumann, Fraktion CDU/FDP/BfM

Situation Wildschweinschäden im Stadtpark Rotehorn

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

der Rotehornpark ist der größte Stadtpark der Stadt Magdeburg. Er umfasst eine Fläche von ca. 200 Hektar und beherbergt eine Vielzahl von verschiedenen Tierarten. Eine Tierart, die große Schäden in dem Park anrichtet, ist das Wildschwein. Durch diese unschönen Stellen sinkt die Freizeitqualität in dem Park. Des Weiteren geht von Wildschweinen ein Gefährdungspotential aus, welches durchaus als kritisch zu betrachten ist.

Daher habe ich folgende Fragen an Sie:

1. Wie viele Wildschweine wurden im Rahmen der Sondergenehmigung aus dem Bestand genommen?
2. Wie hoch schätzt die Stadtverwaltung die Anzahl, der sich dauerhaft im Stadtpark aufhaltenden Wildschweine ein?
3. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Sachschäden in den historischen Parkanlagen ein?
4. Sind finanzielle Mittel geplant, um die zerstörten Wiesen wiederherzustellen?

5. Welche weiteren Maßnahmen werden ergriffen, um den Aufenthalt der Wildscheine und die durch die Wildschweine entstandenen Schäden zu minimieren?
6. Wie wird das Gefährdungspotential durch führende Bachen in der bevorstehenden Frischzeit für Kinder, Fußgänger, Jogger und Hundehalter sowie deren Hunde durch die Stadtverwaltung eingeschätzt?
7. Ist geplant – wie in anderen Städten üblich – einen stadteigenen Jäger einzustellen?

Antwort des Amtsleiters 37 Herr Langenhan, in Vertretung des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz

Der Amtsleiter Herr Langenhan informiert beantwortend, dass im letzten Jahr 20 Stück Schwarzwild im Stadtpark gestreckt wurden. Es wird eingeschätzt, dass sich zwei Rotten á 16 Stück Schwarzwild im Stadtpark derzeit aufhalten und diese Spuren hinterlassen. Herr Langenhan verweist auf die sich mit dieser Problematik beschäftigende Arbeitsgruppe „Wildtiere“ und führt aus, dass diese Arbeitsgruppe derzeit dabei ist einzuschätzen, welche Gefährdungen sich durch die Tiere für Mensch und Tier darstellen. Insbesondere merkt er an, dass nicht geplant sei, einen stadteigenen Jäger einzustellen. Begründend legt er dar, dass Mitglieder dieser Arbeitsgruppe selbst Jäger sind, die im Bedarfsfall zum Einsatz kommen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.8. Schriftliche Anfrage (F0023/18) des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion

Streckenbezogene, innerörtliche Anforderungen von Tempo-30-Beschränkungen an vier weiteren Standorten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit dem Erlass des Landesverkehrsministeriums zur Umsetzung der Änderung der Straßenverkehrsordnung wird den Städten und Gemeinden erleichtert, eine Tempo-30-Beschränkung vor Kitas und Schulen einzurichten.

Bisher wurden durch die Stadt Magdeburg an vier Standorten diese Beschränkungen eingerichtet.

Wir sehen besonders an den folgenden vier Schwerpunkten weiterhin die Einrichtung einer Tempo-30-Zone als dringend geboten:

- Hugo-Junkers-Allee vor der Grundschule Nordwest
- Olvenstedter Graseweg vor dem Albert-Einstein-Gymnasium
- Olvenstedter Graseweg vor dem Klinikum Magdeburg
- Zerrenner Straße vor der Kindertagesstätte St. Martin-Stift

Da laut Erlass zuerst jeder Einzelfall zu prüfen ist, haben wir folgende Fragen dazu:

1. Wird die Verwaltung im Rahmen der neuen rechtlichen Regelung nunmehr die Anordnung einer Tempo-30-Zone an den genannten Standorten prüfen und einrichten? Die Information

I0353/17 nimmt zwar zu den ersten beiden Punkten Stellung, jedoch fordern wir eine detaillierte und ausführlichere Darstellung.

2. Zu welchem Zeitpunkt kann dies realisiert werden?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann verweist in seiner Beantwortung darauf, dass an den am Standort Hugo-Junkers-Allee, Grundschule Nord-West, eine Lichtsignalanlage vorhanden und deshalb eine Anordnung nicht möglich ist. Der Standort Olvenstedter Graseweg, vor dem Albert-Einstein-Gymnasium befindet sich in einer erweiterten Prüfung, da kein direkter Zugang zur Hauptverkehrsstrecke ist. Zum Standort Olvenstedter Graseweg, vor dem Klinikum Magdeburg führt er aus, dass auch hier eine Lichtsignalanlage vorhanden und deshalb auch eine Anordnung nicht möglich ist. Bezug nehmend auf den Standort Zerrenerstraße, vor der Kindertagesstätte „St. Martin Stiff“ legt er dar, dass sich dieser derzeit in keiner Prüfung befindet, der Standort aber aufgenommen werden soll.

Im Weiteren gibt Herr Dr. Scheidemann den grundsätzlichen Hinweis, dass mit der Information I0353/17 – Anordnung von Tempo 30 – dem Stadtrat der ermessenslenkende Erlass des Landes mit den entsprechenden Vorgaben zur Kenntnis gegeben wurde. Insbesondere verweist er auf die auf Seite 2 der Information gemachten Ausführungen hinsichtlich vorgenommener Änderungen. So wurde der Kommune vom Land aufgegeben, dass kein Automatismus bei der Anordnung des Streckenverbotes durchgeführt wird, sondern immer eine Einzelfallprüfung und dass die allgemeine Hürde des § 45 (9) Satz 1 StVO unberührt bleibt. Insbesondere verweist er darauf, dass der Information zu entnehmen sei, weshalb einige Ausweisungen von Tempo-30-Zonen problematisch sind.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Beantwortung der vorliegenden Anfragen F0010/18, F0012/18, F0020/18, F0021/18 und F0022/18 der Fraktion DIE LINKE/future!, F0005/18, F0013/18, F0024/18 und F0025/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie F0007/18, F0014/18 und F0015/18 der Fraktion Magdeburger Gartenpartei erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

10.	Information zur Eilentscheidung des Oberbürgermeisters nach § 65 Abs. 4 KVG LSA über die Bewilligung von über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 105 Abs. 1 KVG LSA beim Unterhaltsvorschuss	I0363/17
-----	---	----------

Die vorliegende Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Informationsvorlagen

Die unter TOP 11.1 – 11.11 vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Andreas Schumann
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Andreas Schumann

Mitglieder des Gremiums

Beate Wübbenhorst

Hugo Boeck

Tom Assmann

Helga Boeck

Matthias Boxhorn

Jürgen Canehl

Marko Ehlebe

Timo Gedlich

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Gerhard Häusler

Christian Hausmann

Jens Hitzeroth

Michael Hoffmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Karsten Köpp

Daniel Kraatz

Günther Kräuter

Dr. Klaus Kutschmann

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Steffi Meyer

Oliver Müller

Andrea Nowotny

Bernd Reppin

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Hubert Salzborn

Chris Scheunchen

Gunter Schindehütte

Jenny Schulz

Carola Schumann

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Birgit Steinmetz

Frank Theile

Lothar Tietge

Dr. Lutz Trümper

Jacqueline Tybora

Roland Zander

Monika Zimmer

Geschäftsführung

Silke Luther

Abwesend - entschuldigt

Thomas Brestrich

Rainer Buller

René Hempel

Sören Ulrich Herbst
Bernd Heynemann
Denny Hitzeroth
Andrea Hofmann
Burkhard Lischka
Reinhard Stern
Oliver A. Wendenkamp
Alfred Westphal
Abwesend - unentschuldig
Maik Aebi
Mandy Loskant